



HESSISCHER LANDTAG

01. 07. 2003

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Antrag
der Fraktionen der CDU, der SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP
betreffend Einsetzung einer Enquetekommission
"Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik"**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Nach § 55 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags wird eine Enquetekommission eingesetzt, die sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels unserer Gesellschaft befasst. Ziel ist die Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen für die anstehenden Herausforderungen in Hessen und die Entwicklung von Empfehlungen für das Landesparlament. Die Erarbeitung der Vorschläge soll auf den Ergebnissen der Enquetekommission des Deutschen Bundestags "Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und an die Politik" unter Einbeziehung der Untersuchung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung "Demographische Entwicklung bis 2010" vom 16. Dezember 2002 und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sowie des Statistischen Landesamtes basieren.

Die Enquetekommission soll:

- alle Politikbereiche und unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen bündeln, um die Auswirkungen der demographischen Entwicklung ressortübergreifend zu untersuchen;
- Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung der infrastrukturellen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen etc.) Auswirkungen auf Hessen erarbeiten, um der jungen Generation Bildung, Erziehung, Ausbildung und Betreuung zu sichern;
- sich mit den strukturellen (wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen sowie sozialpolitischen) Auswirkungen auf Hessen beschäftigen und problemorientierte Empfehlungen erarbeiten, um Frauen und Männern die Partizipation am Arbeitsleben sowie den Arbeitskräftebedarf für den Wirtschaftsstandort Hessen zu sichern;
- die Wechselwirkungen zwischen demographischem Wandel und Bevölkerungsbewegungen untersuchen und gegebenenfalls Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen;
- Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung der infrastrukturellen (Krankenhäuser, Altenheime, steigender Pflegebedarf/soziale Dienste etc.) Auswirkungen auf Hessen erarbeiten, um der älteren Generation so lange wie möglich ein selbstständiges Leben zu sichern;
- die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Verhältnis öffentlicher zu privater Daseinsfürsorge aufzeigen;

- gesellschaftspolitische Diskussionen anstoßen, um das Bewusstsein der Menschen in Hessen für bestimmte Themen zu sensibilisieren (Geburtenrückgang, Familienfreundlichkeit, Engagement von Senioren, Zusammenführung unterschiedlicher Generationen, Nutzung der Potenziale älterer Arbeitnehmer, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, Auswirkungen auf den Finanzplatz Hessen, die Verkehrsinfrastruktur, Auswirkungen auf die Bauplanung, die Staatsverwaltung etc.);
 - sich mit den Veränderungen auf Hessens Regionen, Kreise und Kommunen beschäftigen und Vorschläge zur Entwicklung der Potenziale unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen formulieren.
2. Die Enquetekommission besteht aus elf Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen, die nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen von diesen benannt werden. Jede Fraktion hat das Recht, zusätzlich einen Sachverständigen in beratender Funktion für die Enquetekommission zu benennen.
- Die Kommission kann zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen durchführen.
3. Die Kommission legt dem Landtag einen ersten Bericht bis zum 1. Juli 2005 und einen Abschlussbericht bis 31. Dezember 2006 vor.

Begründung:

Die Altersstruktur in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in den kommenden Jahren zunehmend verändern. Hierfür sind zwei unterschiedliche und voneinander unabhängige Entwicklungen verantwortlich: zum einen der Geburtenrückgang und zum anderen die steigende Lebenserwartung. Es wird prognostiziert, dass bis zum Jahr 2020 die Zahl der über 60-Jährigen um knapp ein Viertel zunimmt und die Zahl der Kinder im Alter bis 16 Jahre um über ein Viertel zurückgeht. Um in Hessen dieser dramatischen Entwicklung zu begegnen, ist es bereits heute notwendig, Antworten auf die Herausforderungen von morgen zu finden. Eine parlamentarische Kommission soll auf der Basis einer breit ausgerichteten gesellschaftlichen Diskussion vorausschauend zur Lösung der Zukunftsfragen beitragen.

Wiesbaden, 30. Juni 2003

Für die Fraktion der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Gotthardt

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Walter

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir

Für die Fraktion
der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Hahn